



SOMMER-NEWSLETTER

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

kurz vor der Sommerpause haben Union und SPD die Katze aus dem Sack gelassen: Statt mit der geplanten Kohleabgabe für alte Kohlekraftwerke wenigstens einen Minimalbeitrag für den Klimaschutz zu leisten, will die Bundesregierung den RWE und Vattenfall jetzt auch noch Geld für die Stilllegung von Uralt-Kraftwerken schenken. Zahlen sollen Steuerzahler und Stromkunden. Dies ist das Ergebnis des Energiegipfels der Parteispitzen von CDU, CSU und SPD von vergangener Woche. Damit hat die Bundesregierung dem Lobbydruck der „Ganz Großen Koalition der Kohlefreunde“ aus Teilen der Union und SPD, Gewerkschaften und Handelskammern nachgegeben und gleichzeitig ihre wichtigste Klimaschutzmaßnahme begraben. Bundeskanzlerin Merkel hat damit nur wenige Tage nach ihren großen Worten auf dem G7-Gipfel in Elmau die Maske fallen lassen. Die frühere Klimakanzlerin ist zur Kohlekanzlerin mutiert. Angesichts dieser Koalitionsentscheidung ist Wirtschaftsminister Gabriel mit seinen Versprechen, die Klimaszutzziele erreichen zu wollen und „Kein Hartz IV für Kraftwerke“ nun der Klima-Pinocchio der Großen Koalition.

Auch in anderen Politikbereichen agiert die Große Koalition zugunsten von Lobbygruppen und gegen die Ängste und Sorgen der Menschen. So will sie weiterhin nichts gegen das von der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestufte Pflanzenschutzmittel Glyphosat unternehmen, obwohl es nun bereits in einer Untersuchung der Grünen Bundestagsfraktion in Muttermilchproben nachgewiesen wurde.

Auch bei der ausländerdiskriminieren PKW-Maut führt die Bundesregierung die Menschen hinter die Fichte. Obwohl die EU-Kommission wegen EU-Rechtswidrigkeit einen blauen Brief nach Berlin geschickt hat, versucht Verkehrsminister Dobrindt dieses bürokratische Monster weiter voranzubringen. Es werden Personal eingestellt, Berateraufträge vergeben und obendrein beträchtliche Strafzahlungen in Kauf genommen, obwohl niemand davon ausgehen kann, dass die Ausländer-Maut wirklich kommt. Dobrindt betreibt sehenden Auges die Verschwendung von Steuergeldern.

Doch lesen Sie am besten selbst mehr über diese und weitere spannende Themen in meinem aktuellen Newsletter. Über Feedback – egal ob Kritik oder Lob – freue ich mich wie immer und wünsche Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Ihr/euer
Oliver Krischer

Energie/Umwelt

- 1) Neue Subventionen statt Kohleausstieg
- 2) Weißbuch Strommarkt veröffentlicht
- 3) Gezänk um Stromnetzausbau in der Großen Koalition vorerst gelöst
- 4) G7-Gipfel: Klimakanzlerin Merkel a.D.
- 5) Fracking-Ermöglichungsgesetz verschoben
- 6) Union und SPD haben keine Meinung zur „Carbon Bubble“
- 7) Kohleatlas: Daten und Fakten über einen klimaschädlichen Brennstoff
- 8) Bundesregierung kuscht vor Atomlobby
- 9) Prokon-Neustart als Genossenschaft
- 10) Auswertung Fachgespräch: Intelligente Stromzähler (Smart Meter)
- 11) Studie: EEG-Fonds als ergänzendes Finanzierungsmodell für erneuerbare Energien
- 12) Coca-Cola: Nur Flaschen kaufen Einweg
- 13) Grüner Jahreswohlstandsbericht vorgestellt

Agrar/ Ernährung

- 14) Pflanzenschutzmittel Glyphosat in Muttermilch nachgewiesen
- 15) Bund untätig bei Qualitätssicherung von Schulverpflegung
- 16) Grüne Studie zu Antibiotikaresistenz
- 17) Auswertung Fachgespräch: Wie gefährlich ist das Pflanzengift Glyphosat?
- 18) Auswertung der Konferenz: Lange Nacht der Grünen zur Ernährung

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

- 19) EU-Verfahren gegen PKW-Maut eingeleitet – absehbare Konsequenz
- 20) Auswertung Fachgespräch: „Vernetztes Auto – Chancen und Risiken“

Energie/Umwelt

1) Neue Subventionen statt Kohleausstieg

Auf massiven Druck von Kohlelobby und Teilen der Union und SPD hat die Große Koalition die vom Bundeswirtschaftsminister Gabriel im März vorgeschlagene Abgabe für alte Kohlekraftwerke auf dem Energiegipfel im Kanzleramt vergangene Woche begraben. Jetzt sollen nicht mehr die Verursacher der Klimakrise zur Kasse gebeten werden, sondern diese bekommen jetzt auch noch Milliarden dafür, dass sie wenige alte und längst abgeschriebene Kohlekraftwerke vom Netz nehmen. Das deutsche Klimaziel von 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 ist mit den Beschlüssen des Energiegipfels vom 1. Juli 2015 sicher nicht zu halten. Statt in Klimaschutz und Strukturwandel zu investieren, wirft die Große Koalition mit ihrer geplanten Kapazitätsreserve in Höhe von 2,7 Gigawatt für Braunkohlekraftwerke RWE und Vattenfall Milliarden für Methusalem-Kraftwerke hinterher. Somit bekommen die größten Klimakiller noch eine saftige Abfindung von der Bundesregierung. Prognosen gehen von bis zu 1,4 Milliarden Euro im Jahr aus! Damit macht die Bundesregierung – nur wenige Wochen nach dem G7-Gipfel in Elmau, bei dem Angela Merkel mit wolkigen Versprechungen für globalen Klimaschutz warb – wieder knallharte Politik für den Klimakiller Braunkohle. Die Flickschusterei der Regierung ist im Detail noch unklar, EU-rechtlich somit fragwürdig, kostet die Haushalte und den Mittelstand Milliarden und verzögert den dringend anzugehenden Strukturwandel. Zudem setzt es einen gefährlichen Präzedenzfall, denn echter Klimaschutz ist eigentlich viel preiswerter und sicherer zu haben, z.B. durch CO₂-Grenzwerte. Mehr zum Thema gibt es [HIER](#).

2) Weißbuch Strommarkt veröffentlicht

Anfang Juli hat die Bundesregierung das lang angekündigte – und immer wieder verschobene – Weißbuch Strommarkt vorgelegt. Mit insgesamt 20 Maßnahmen will die Bundesregierung

einen Strommarkt 2.0 schaffen. Doch Konkretes fehlt vielfach und elementare Fragen zur Zukunft des Strommarktdesigns bleiben unbeantwortet. Herausforderungen wie die Weiterentwicklung der Netzentgeltssystematik, die Schaffung von Regularien für Smart Meter oder die Stärkung der Bilanzkreistreue sind lange angekündigt, doch das Weißbuch liefert keine Antworten, wie diese Fragen konkret gelöst werden sollen. Die Entscheidung für eine Kapazitätsreserve ist gefallen, doch die entscheidende Frage wie die Reserve konkret aussehen soll, bleibt unbeantwortet. Zu all diesen Punkten finden sich nur Allgemeinplätze statt konkretem Inhalt geschweige denn Zeitpläne zur Umsetzung. Das Weißbuch ist nichts anderes als eine weitere Ankündigung der Bundesregierung, umgesetzt ist nichts. Damit verschiebt die Bundesregierung wieder einmal offene Fragen und schafft gleichzeitig Fakten, die den eigenen Ansprüchen zuwider laufen, z. B. in Form von einer Kapazitätsreserve für alte Braunkohlekraftwerke. Diese soll im Gegensatz zur später zu schaffenden allgemeinen Kapazitätsreserve vertraglich und ohne Ausschreibung mit RWE und Vattenfall geregelt werden. Das sind Hinterzimmer-Deals anstelle eines transparenten und marktwirtschaftlichen Verfahrens. Mit Prämien für alte (Kohle-) Kraftwerke, die niemand als Reserve braucht, beschert sie den Stromkunden eine teure Rechnung, die nur Geld in klamme Konzernkassen, jedoch nichts für die Energiewende bringt. Wir brauchen keine alten Dreckschleudern, die per Prämie künstlich am Leben gehalten werden. Wir brauchen einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb um die flexibelsten und klimafreundlichsten Kapazitäten. Ein ökologischer Flexibilitätsmarkt ist dazu ein pragmatischer, gut steuerbarer und kalkulierbarer Weg, der den Herausforderungen hin zu einer sicheren Versorgung und wirksamem Klimaschutz begegnet. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

3) Gezänk um Stromnetzausbau in der Großen Koalition vorerst gelöst

In den Netzausbau kommt nach monatelanger Sabotage Seehofers und starrköpfiger Blockadehaltung Gabriels endlich Bewegung. Die Stromnetze Richtung Süden sollen stärker entlang bestehender Trassen gebaut werden, die einheitliche Strompreiszone in Deutschland erhalten bleiben und zudem soll die von uns Grünen seit langem geforderte stärkere Möglichkeit der Erdverkabelung endlich vorrangig geprüft werden. Wir sagen, besser spät als nie. Nun wird die Bundesregierung zeigen müssen, ob sie auch in der Lage ist, die Vereinbarungen umzusetzen. Vor allem aber stellt sich Frage, wann Populist Seehofer seine Meinung wieder einmal ändert und auch von dieser Vereinbarung, wie schon zuvor von seiner Zustimmung im Bundesrat zum Stromnetzausbau, nichts mehr wissen will. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

4) G7-Gipfel: Klimakanzlerin Merkel a.D.

Die Abschlusserklärung des G7-Gipfels in Elmau vermittelt zum Thema Klimaschutz den Eindruck, als deute sich international ein Trend zu ambitioniertem Klimaschutz an. „Dekarbonisierung“ nennen die G7 das. Tatsächlich ist es überhaupt nicht ambitioniert, bis nicht nur Mitte, sondern erst zum Ende des Jahrhunderts (!) eine CO₂-freie Wirtschaft anzustreben, und überdies betreiben alle G7-Staaten national zu Hause heute das Gegenteil von Dekarbonisierung. Frau Merkel selbst braucht nur wenige Tage, um sich selbst zu widerlegen. Auf dem G7-Gipfel feiert sie sich als Klimaschützerin, kurz danach beerdigt die Bundesregierung die einzige substanzielle nationale Klimaschutzmaßnahme und gibt dem Lobbydruck der Kohlewirtschaft nach. Nach Elmau wäre es das Mindeste, die x-mal beschlossenen Klimaschutzziele der Bundesregierung endlich mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Stattdessen beerdigt Merkel die von Wirtschaftsminister Gabriel vorgeschlagene Kohleabgabe für schmutzige Kohlekraftwerke und verabschiedet sich damit von der bisher einzigen substanziellen nationalen Klimaschutzmaßnahme der Bundesregierung. Mehr Informationen gibt es [HIER](#).

5) Fracking-Ermöglichungsgesetz verschoben

Das Fracking-Ermöglichungsgesetz von CDU/CSU und SPD wurde in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause kurzfristig von der Tagesordnung des Plenums gestrichen. Das macht deutlich, dass auch innerhalb der Großen Koalition erheblicher Nachbesserungsbedarf gesehen

wird. Eine Einigung soll nun nach der Sommerpause erfolgen. Dabei ist die Koalition in jedem Falle weit von einem Fracking-Verbot entfernt, wie es die Umweltministerin einmal versprochen hat und es viele Unions- und SPD-Abgeordnete in den Wahlkreisen fordern. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Fracking-Kritiker in der Koalition in der Sommerpause doch noch durchsetzen und am Ende doch noch ein Fracking-Verbot dabei herauskommt. Alles Weitere dazu [HIER](#).

6) Union und SPD haben keine Meinung zur „Carbon Bubble“

Der G7-Gipfel von Elmau hat das Ziel bekräftigt, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu beschränken. Denn das ist laut Weltklimarat das, was gerade noch für die Menschheit beherrschbar scheint. Viele Förderer von Öl, Kohle und Gas – unter ihnen Firmen wie RWE, Shell und Staaten wie Venezuela oder Russland – haben die Gewinnung fossiler Rohstoffreserven in ihren Haushalten und in den Bilanzen der Unternehmen eingepreist, die, wenn sie alle wie geplant genutzt werden würden, fast 3.000 Gigatonnen CO₂ freisetzen würden. Wissenschaftler der britischen [Carbon Tracker Initiative](#) haben jedoch berechnet, dass das 2-Grad-Limit maximal nur noch weitere 500 Gigatonnen CO₂ erlaubt. Der Rest darf nicht verbrannt werden – „unburnable carbon“ also. Weltweit ist bereits eine Bewegung für ein aktives „Divestment“, also den Rückzug von Geldern aus CO₂-belasteten Anlagen, entstanden. Die Grüne Bundestagsfraktion hat deswegen eine [Anfrage zu den Risiken einer „Carbon Bubble“](#) gestellt. Die Bundesregierung schreibt in ihrer Antwort darauf lediglich, sich „noch nicht ausreichend eine Meinung hierzu gebildet“ zu haben. Mehr Infos dazu [HIER](#).

7) Kohleatlas: Daten und Fakten über einen klimaschädlichen Brennstoff

Bei der Förderung von Braunkohle ist Deutschland Meister – das ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Studie der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzverband BUND. Aber nicht nur die Braunkohle, auch die Steinkohle hinterlässt Spuren. Ein Viertel der deutschen Treibhausgase stoßen die 30 größten Kohlekraftwerke aus. Doch mit seinem Kohlehungers steht Deutschland weder in Europa noch in der Welt alleine da. Die Regierungen der 20 größten Industriestaaten subventionieren die Suche nach neuen fossilen Rohstoffen jährlich mit vielen Milliarden US-Dollar, obwohl diese Projekte keine Zukunft haben. Der Kohleatlas erscheint zu einer Zeit, in der gerade in Deutschland eine intensive Diskussion um die Zukunft des Energiesektors in Gange ist, und zeigt in Texten mit anschaulichen Grafiken: Der Strukturwandel im Kraftwerkspark und der damit verbundene Kohleausstieg ist technisch möglich und nötig. [HIER](#) geht's zum Atlas.

8) Bundesregierung kuscht vor Atomlobby

Auf Initiative der Grünen Bundestagsfraktion haben wir eine namentliche Abstimmung über die staatlichen Beihilfen für das britische Atomkraftwerk Hinkley Point C beantragt. Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung auf, sich den Klagen der österreichischen und luxemburgischen Regierung und verschiedener Ökostrom-Anbieter und Stadtwerke gegen die Subventionsbewilligung der EU-Kommission anzuschließen. Einst war selbst die EU-Kommission gegen das Projekt, doch die Atomlobby hat gute Arbeit geleistet: Heute argumentieren sogar SPD-Parlamentarier gegen eine Klage. Die Gründe sind dabei vorgeschoben und falsch. Politisches Geschacher ist der Großen Koalition wichtiger als die Sicherheit der Menschen und das Funktionieren des europäischen Strommarktes. Deshalb ist es auch wenig verwunderlich, dass die Politiker von CDU/CSU und SPD für Atomkraft und gegen unseren Antrag gestimmt haben. Weitere Infos und die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung finden sich [HIER](#). Dabei wurde bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Bundestags Mitte Juni unter den eingeladenen Experten deutlich, dass die exorbitante Förderung des Atomstroms aus Großbritannien Wettbewerbsvorteile gegenüber Strom aus Gas- und KWK-Kraftwerken sowie erneuerbaren Energien schafft und deshalb nicht EU-rechtmäßig ist. Einen Bericht zur Anhörung gibt es [HIER](#).

9) Prokon-Neustart als Genossenschaft

Auf der Versammlung des insolventen Projektierers und Betreibers von Erneuerbaren Energien, Prokon, stimmten rund 80 Prozent der Gläubiger für eine Fortführung von Prokon als Genossenschaft. Die Prokon-Gläubiger entscheiden sich damit gegen den Verkauf an Energieversorger EnBW für 550 Millionen Euro und für einen Neustart als Genossenschaft. Das ist ein gutes Signal für die Bürgerenergiebewegung. Prokon zeigt: Die Energiebewegung wurde und wird von Bürgern und nicht von Konzernen vorangetrieben. Mehr Infos [HIER](#).

10) Auswertung Fachgespräch: Intelligente Stromzähler (Smart Meter)

Über 100 TeilnehmerInnen diskutierten auf Einladung der Grünen Bundestagsfraktion über den Beitrag von intelligenten Stromzählern für den Erfolg der Energiebewegung und beleuchteten dabei auch mögliche Datenschutzrisiken. Dabei wurde klar, dass es keine „Zwangsbeglückung“ mit Smart Metern für Haushalte geben darf. Klar ist auch, dass es keinen Missbrauch bei der Erfassung der Daten geben darf – das würde dem Erfolg der Technologie nachhaltig schaden. Deutschland steht im Gegensatz zu anderen EU-Staaten erst am Beginn der Diskussion über das Ob und Wie der Einführung. So ist bis heute nicht einmal ein einheitlicher technischer Standard für die Zähler festgelegt worden. Dabei hatte sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, bereits 2014 verlässliche Rahmenbedingungen für den sicheren Einsatz von intelligenten Messsystemen für Verbraucher, Erzeuger und Kleinspeicher auf den Weg zu bringen. Alle weiteren Infos zur Veranstaltung finden sich [HIER](#).

11) Studie: EEG-Fonds als ergänzendes Finanzierungsmodell für erneuerbare Energien

Das Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) hat eine Studie zu einer Fondslösung für das EEG-Konto vorgeschlagen. In ihren Augen ist der Fonds sinnvoll, weil er – sowohl für den deutschen Stromkunden als auch international – transparent machen würde, dass Erneuerbare Energien bereits heute eine wirtschaftliche sinnvolle Option darstellen. Weiterhin würde der Fonds durch die breitere Finanzierung dazu beitragen, dass die Energiebewegung mehr als Gemeinschaftswerk gestaltet würde. Die komplette Studie findet sich [HIER](#). Die Grüne Bundestagsfraktion richtete dazu vor wenigen Monaten auch ein Fachgespräch aus, dessen Ergebnisse sich [HIER](#) finden.

12) Coca-Cola: Nur Flaschen kaufen Einweg

Der Trend, Limonaden immer mehr in Einweg-Flaschen und Dosen abzufüllen, setzt sich fort. Auch der Getränkekonzern Coca-Cola will verstärkt – und damit zu Lasten der Umwelt – auf Einweg setzen. Die Grüne Bundestagsfraktion versucht hier gegen zu steuern. Wir fordern von der Bundesregierung jetzt Taten und endlich eine Politik, die die ökologischen Getränkeverpackungen nicht weiter benachteiligt. Gesetzlich ist in Deutschland ein Ziel von mindestens 80 Prozent Mehrwegflaschen vorgeschrieben. Das ist ökologisch sinnvoll und sichert Arbeitsplätze. Doch dieses Ziel wird seit Jahren verfehlt. Mehr zum Thema gibt es [HIER](#).

13) Grüner Jahreswohlstandsbericht vorgestellt

Die Bundesregierung ist weiterhin auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als einziges Maß für den Wohlstand in Deutschland fixiert. Wir Grüne im Bundestag aber setzen die Arbeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ aus der letzten Legislaturperiode konsequent fort und stellten am 09.07. den grünen Jahreswohlstandsbericht vor, ein zentrales Ergebnis der letzten zweieinhalb Jahre. Darin empfiehlt die Enquete-Kommission dem Deutschen Bundestag, ein neues Wohlstands- und Fortschrittsmaß zu etablieren. Mehr Infos dazu [HIER](#).

14) Bund untätig bei Qualitätssicherung von Schulverpflegung

Kinder und Jugendliche, die den ganzen Tag in Kita oder Schule verbringen, brauchen dort gutes Essen. Eine vom Ernährungsministerium in Auftrag gegebene Studie über die Qualität des deutschen Schulessens zeigt jedoch, dass die Realität oft anders aussieht. Sie kam zu dem Schluss, dass dort vieles im Argen liegt. Oft gilt: zu viel Fleisch, zu wenig Vielfalt und zu wenig Zeit fürs Essen. Rund die Hälfte der untersuchten Speisepläne enthält zu wenig Gemüse. Dazu kommt, dass zirka 50 Prozent der Schulen gar keine Verpflegung anbieten. Die von Bundesernährungsminister Schmidt im November 2014 ausgerufenen „Qualitätsoffensive“ für gesundes Schulessen droht zur Luftnummer zu werden. Unser Ziel ist der flächendeckende Ausbau einer gesunden Kita- und Schulernährung. Darum fordern wir Grüne im Bundestag, dass der Bund die Länder und Kommunen wesentlich stärker unterstützt – beim Ausbau von Infrastruktur (z. B. Mensen und Küchen), der Vernetzung (z. B. Ausbau der Schulvernetzungsstellen) und der Qualitätssicherung von Schulverpflegung. Alle weiteren Infos finden sich [HIER](#).

15) Grüne Studie zu Antibiotikaresistenz

In der Vergangenheit haben uns Antibiotika geholfen, Infektionskrankheiten zu behandeln. Jetzt werden sie zunehmend wirkungslos. Grund dafür ist der unreflektierte und massenhafte Einsatz von Antibiotika bei Mensch und Tier. Über Jahre wurden so immer mehr Bakterienstämme unempfindlich gegen bestimmte Wirkstoffe. Diese Resistenzbildung bei Bakterien führt dazu, dass Antibiotika bei der Therapie bestimmter Infektionen versagen. Für Patientinnen und Patienten steigt somit bei Operationen, Chemotherapien, Dialysen, Transplantationen und anderen Eingriffen die Gefahr einer Infektion mit Keimen, die nur noch schwer oder gar nicht mehr mit Antibiotika zu behandeln ist. Eine [Studie](#) der Grünen Bundestagsfraktion zu Antibiotikaeinsatz und Resistenzentwicklung in Deutschland zeigt, wie gravierend sich die Resistenzlage entwickelt, wo die Ursachen des Problems liegen, wie wir die Wirksamkeit bestehender und neu erforschter Antibiotika erhalten und die Ausbreitung resistenter Bakterien eindämmen können. Mehr dazu [HIER](#).

16) Auswertung Fachgespräch: Wie gefährlich ist das Pflanzengift Glyphosat?

Die Einstufung des Allzweck-Unkrautkillers Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ durch die WHO-Krebsexperten ist wissenschaftlich solide begründet. Die vom Unternehmen Monsanto, das das bekannte glyphosathaltige Pestizid Roundup vertreibt, und deutschen Behörden vorgebrachten Zweifel am Urteil der von der WHO-Krebsforschungsagentur IARC eingesetzten Wissenschaftler sind nicht haltbar. Das wurde jetzt bei einem Fachgespräch der grünen Bundestagsfraktion deutlich, bei dem sich erstmals seit der Glyphosat-Einstufung die IARC-Experten, Prof. Dr. Christopher J. Portier und Prof. Dr. Ivan I. Rusyn (Leiter der IARC-Unterarbeitsgruppe zu Mechanismen der Krebsauslösung), öffentlich zu ihren Erkenntnissen äußerten. Es darf keine Zulassungsverlängerung für Glyphosat geben, solange der Krebsverdacht nicht widerlegt ist. Mehr Infos [HIER](#).

17) Pflanzenschutzmittel Glyphosat in Muttermilch nachgewiesen

Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat steht im Verdacht, krebserregend zu sein – das hat nicht zuletzt eine Studie der Weltgesundheitsorganisation WHO nachgewiesen. Die Grüne Bundestagsfraktion hat nun in einer Untersuchung Muttermilch auf Glyphosat testen lassen. Das Ergebnis: In allen Proben der Untersuchung wurde Glyphosat in der Muttermilch gefunden – deutlich über dem Grenzwert für Trinkwasser. Die teilnehmenden Frauen waren dabei allesamt keine Anwenderinnen von Glyphosat, die Belastung muss daher aus anderer Quelle resultieren (z. B. über Nahrung, Kontakt auf Flächen, auf denen Glyphosat angewendet wurde oder ähnliches). Anwendungen im Privatbereich sollten schnellstmöglich nicht mehr zugelassen werden. Mehr Infos zur Untersuchung [HIER](#).

18) Auswertung der Konferenz: Lange Nacht der Grünen zur Ernährung

Unter dem Motto „Wir ackern für gutes Essen“ haben Bündnis 90/Die Grünen am 1. Juli zur Langen Nacht der Ernährung in die Markthalle Neun in Berlin-Kreuzberg eingeladen und über gutes Essen und artgerechte Tierhaltung diskutiert. Alle Infos zur Veranstaltung finden sich [HIER](#).

Verkehr/ Bauen/ Wohnen

19) EU-Verfahren gegen PKW-Maut eingeleitet – absehbare Konsequenz

Man brauchte kein Hellseher zu sein, um im Vorfeld absehen zu können, was am 18. Juni tatsächlich geschah: Die EU-Kommission eröffnete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der Dobrindt'schen PKW-Maut. Zwar hält das CSU-geführte Verkehrsministerium das Mahnschreiben der EU noch hinter Schloss und Riegel, klar ist aber, dass die Kommission die Kompensation der Maut durch die Steuerrückzahlungen für deutsche Autofahrer völlig zu Recht rügt, weil dadurch nur ausländische Autofahrer durch die Maut diskriminiert werden. Eine derartige Schlechterstellung von EU-Ausländern aber darf es nach europäischem Recht nicht geben. Peinlich für Dobrindt ist das vor allem, weil dieser Umstand im Vorfeld allen bekannt war. Nicht nur wir, sondern auch die Sachverständigen im Verkehrsausschuss hatten immer wieder auf die EU-Rechtswidrigkeit dieser Pkw-Maut hingewiesen. [HIER](#) findet sich meine Rede in der Aktuellen Stunde im Bundestag dazu.

20) Auswertung Fachgespräch: „Vernetztes Auto – Chancen und Risiken“

Autos werden zum fahrenden Computer und erhalten mittlerweile eine Vielzahl von Anwendungen, die den Fahrer oder die Fahrerin unterstützen oder unterhalten können. Durch Fahrerassistenzsysteme kann das Autofahren sicherer werden. Einige dieser Anwendungen können auch helfen, Sprit zu sparen und damit CO₂-Emissionen zu reduzieren. Per Smartphone-Apps können sich unterschiedliche Transportmittel einfach und praktisch kombinieren lassen. Durch die neuen Anwendungen ergeben sich aber auch viele ungeklärte Datenschutzfragen. Zahlreiche Fahrzeugdaten werden von den Herstellern zu Qualitätssicherungszwecken erfasst und gespeichert. In unserem Fachgespräch „Vernetztes Auto – Chancen und Risiken“ haben wir mit vielen Experten offenen Fragen diskutiert und Lösungsansätze vorgestellt. Mehr zum Thema findet sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.